

Abstract

Berlin, 15. März 2011

Die demografische Lage der Nation

Eine neue Studie des Berlin-Instituts – gefördert vom Generali Zukunftsfonds – untersucht, welche Folgen Bevölkerungsschwund und Alterung für die Entwicklung der Regionen haben.

Der demografische Wandel nimmt an Fahrt auf: Die Einwohnerzahl Deutschlands ist seit ihrem Höchststand 2002 bereits um rund 800.000 gesunken. Die Belegschaften der Unternehmen altern, und die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer beginnen in diesem Jahrzehnt, ins Rentenalter einzutreten. Besonders auf regionaler Ebene treten dabei die demografischen Verwerfungen innerhalb Deutschlands immer deutlicher hervor. Rund die Hälfte aller Landkreise und kreisfreien Städte hat seit 2002 mehr als ein Prozent der Einwohner verloren – viele von ihnen, vor allem im Osten, deutlich mehr.

Doch die einst klare Trennung zwischen Ost und West schwindet: Weil in den neuen Bundesländern die Kinderzahl je Frau nach dem Tief der Nachwendezeit wieder gestiegen ist und weil mittlerweile auch viele ländliche Gebiete im Westen unter Nachwuchsmangel und der Abwanderung junger Menschen leiden, wird der demografische Wandel immer mehr zu einer Krise der peripheren ländlichen Räume. Weil sich dort die Infrastruktur weiter ausdünnert, vom Schulangebot bis zur ärztlichen Versorgung, verlieren diese Regionen weiter an Attraktivität. Dies führt umgekehrt zu einer Renaissance der Städte, zumindest jener, die über ein attraktives Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen verfügen. Davon profitieren insbesondere die wirtschaftsstarke Regionen im Süden und Südwesten der Republik.

In der Gesamtbewertung der Studie finden sich unter den 20 Kreisen und kreisfreien Städten mit den besten Zukunftsaussichten 15 aus Bayern und drei aus Baden-Württemberg – aber mit Potsdam und Jena neuerdings auch zwei aus den neuen Bundesländern. Baden-württembergische Kreise sind unter den besten des Landes weniger präsent als in der Vorläuferstudie aus dem Jahr 2006, weil die zurückliegende Wirtschaftskrise die exportabhängige Fertigungsindustrie überproportional getroffen hatte. Potsdam ist indes nach vorne gerückt, da es das attraktivste Zuwanderungsgebiet für oftmals gut betuchte Familien aus der nahen Haupt-

stadt Berlin geworden ist. Jena gehört neben Dresden, Leipzig und Erfurt zu den wenigen Metropolen im Osten, die auf eine stabile demografische und eine aussichtsreiche ökonomische Entwicklung bauen können.

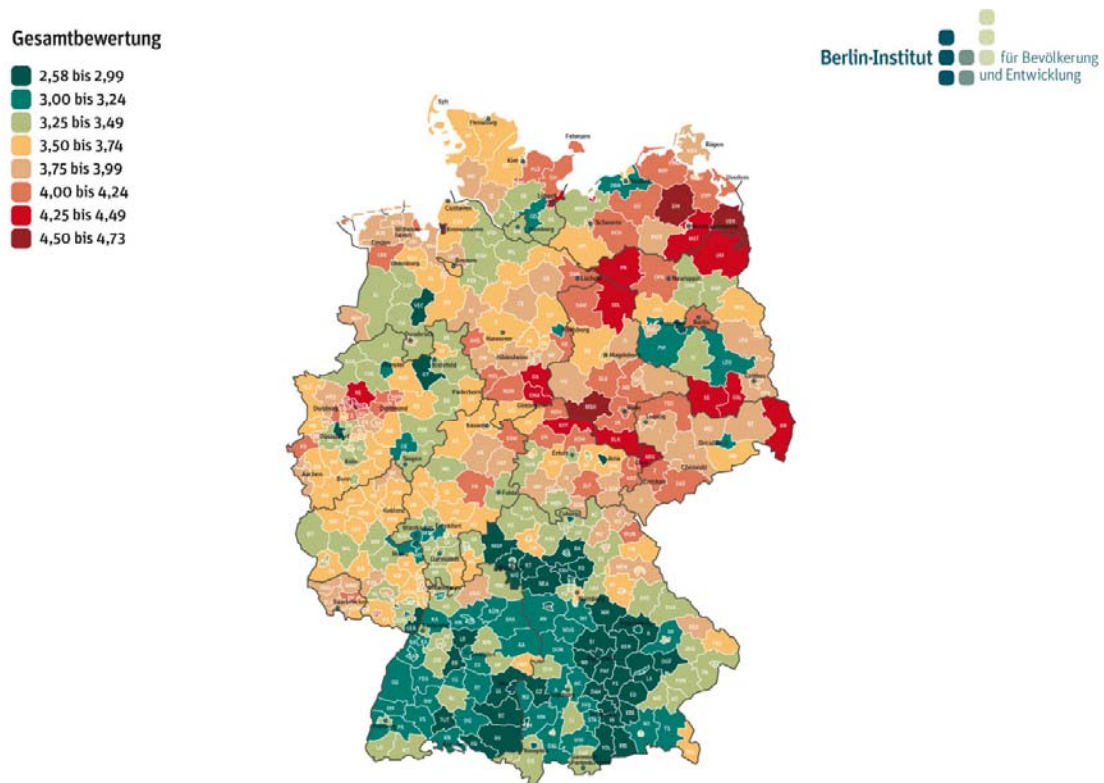
Am Ende der Skala in Sachen Zukunftsfähigkeit finden sich nach wie vor überwiegend Kreise aus dem Osten – vor allem aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Ostdeutschland bleibt damit *die* demografische Krisenregion. Allerdings zeigt sich an den kritischen Kandidaten im Westen, dass auch dort der Trend weiter abwärts geht: Vor allem altindustrielle Kreise im Ruhrgebiet (Gelsenkirchen, Recklinghausen, Herne), Bremerhaven und die beiden Kreise an der ehemals deutsch-deutschen Grenze, Goslar und Osterode am Harz, weisen neben niedrige Kinderzahlen eine starke Überalterung sowie Abwanderung und sehr schlechte Wirtschaftsdaten auf.

Sich demografisch stabilisieren oder gar wachsen dürften in Deutschland nur noch wenige Regionen: Das sind zum einen die Metropolräume von Hamburg, Köln/Bonn, Frankfurt, Stuttgart, Berlin und München. Der bayerische Wachstumsraum um München dehnt sich dabei am weitesten aus: Den hohen Lebenshaltungskosten zum Trotz zieht es nach wie vor qualifizierte junge Menschen in eine Region, die von den Städten Nürnberg, Ingolstadt und Regensburg begrenzt wird. Doch auch einige ländliche Gebiete mit kleineren Zentren und einem starken Mittelstand stehen dank einer positiven Bevölkerungsentwicklung gut da, etwa das Oldenburger Münsterland im Westen von Niedersachsen oder der Norden von Nordrhein-Westfalen.

Die wirtschaftliche Situation hat sich entgegen dem demografischen Trend über die vergangenen Jahre deutlich verbessert. Nicht nur, weil die Arbeitslosigkeit praktisch überall gesunken ist, sondern auch, weil die Beschäftigungsquoten generell, insbesondere von Frauen und älteren Personen, gestiegen sind. Mit rund 41 Millionen Beschäftigten arbeiten heute in Deutschland so viele Menschen wie nie zuvor. Diese positiven Veränderungen lassen sich als erste Antwort auf den demografischen Wandel deuten, der künftig die Zahl der Erwerbsfähigen wird sinken lassen, während die Gesellschaft gleichzeitig die Kosten der Alterung zu schultern hat.

Die Folgen des Wandels ließen sich leichter bewältigen, wenn der jetzt eingeleitete Trend anhielte. So ist die Gesellschaft nicht nur produktiver geworden, auch der Bildungsstand hat sich verbessert: Mehr Abiturienten nehmen ein Hochschulstudium auf und es verlassen deutlich weniger junge Menschen die Schule ohne Abschluss als noch vor einigen Jahren. Die neue deutsche Familienpolitik macht es qualifizierten berufstätigen Frauen leichter, Familie und Beruf zu vereinbaren. Nur in Sachen Zuwanderung zeigt Deutschland bisher keine Reaktion auf den demografischen Wandel und auf den künftigen Bedarf an Arbeitskräften. Gelähmt durch die Versäumnisse der Integration hat sich das Land gegen Zuwanderung nahezu abgeschottet: Vorübergehend war Deutschland sogar von einem Ein- zu einem Auswanderungsland geworden.

Seit Jahren können Zuwanderer nicht mehr kompensieren, dass der Überschuss der Sterbefälle die Zahl der Neugeborenen übersteigt. Bis Mitte des Jahrhunderts dürfte sich deshalb der Bevölkerungsschwund auf mindestens zwölf Millionen summieren – eine Zahl, die der gesamten Einwohnerschaft der zwölf größten deutschen Städte entspricht, von Berlin bis nach Leipzig.



Um die Lage der Regionen zu beschreiben, hat das Berlin-Institut eine Reihe von verschiedenen demografischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren zu Rate gezogen. Die Wirtschaftskraft spielt dabei eine Rolle, ebenso wie die Arbeitslosigkeit, der Bildungsstand oder die Altersstruktur der Bevölkerung. Zusammengefasst in einem Index erlaubt die Summe der Indikatoren als Bewertung einen Überblick darüber, wie gut die Städte und Landkreise in Deutschland für die Zukunft gerüstet sind. Die Bewertungen sind dabei an dem System der Schulnoten orientiert und reichen von 2,58 für den Landkreis München bis 4,73 für Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern.

Sie beschreiben nicht nur den Ausblick für die Regionen, sondern sind auch als Orientierungshilfe für künftige Entscheidungen zu verstehen. Immer mehr Gebiete müssen sich von jahrzehntelangem Bevölkerungswachstum und von einer Wohlstandsmehrung verabschieden. Die dort Verantwortlichen müssen entscheiden, ob sie gegen die vorherrschende Entwicklung ansteuern können und wollen oder ob ihnen letztlich nur die Anpassung an den Wandel bleibt.

Die besten Landkreise und kreisfreien Städte

Rang	2006	Kreis	Gesamtnote
1	7	München, Landkreis (Bayern)	2,58
2	16	Eichstätt (Bayern)	2,62
3	28	Landshtut, Landkreis (Bayern)	2,68
4	31	Bad Tölz-Wolfratshausen (Bayern)	2,70
5	18	Kelheim (Bayern)	2,70
6	2	Freising (Bayern)	2,72
7	11	Bodenseekreis (Baden-Württemberg)	2,74
8	3	Erding (Bayern)	2,76
9	25	Potsdam (Brandenburg)	2,77
10	190	Ansbach, Stadt (Bayern)	2,80
11	1	Biberach (Baden-Württemberg)	2,81
12	21	Erlangen-Höchstadt, Landkreis (Bayern)	2,82
13	34	Jena (Thüringen)	2,84
14	12	Dingolfing-Landau (Bayern)	2,84
15	81	Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim (Bayern)	2,85
16	27	Neuburg-Schrobenhausen (Bayern)	2,86
17	9	Ludwigsburg (Baden-Württemberg)	2,86
18	47	Kitzingen (Bayern)	2,87
19	33	Ebersberg (Bayern)	2,88
20	93	Neumarkt in der Oberpfalz (Bayern)	2,88

Aufgrund von Gebietsreformen in Sachsen-Anhalt und Sachsen hat sich die Anzahl der Kreise von 439 (2006) auf 413 (2008) reduziert.

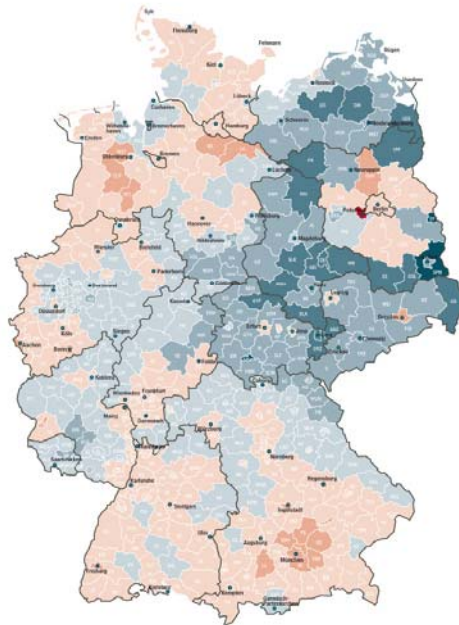
Die schlechtesten Landkreise und kreisfreien Städte

Rang	2006	Kreis	Gesamtnote
393	372	Goslar am Harz (Niedersachsen)	4,25
394	309	Lübeck (Schleswig-Holstein)	4,25
395	417	Oberspreewald-Lausitz (Brandenburg)	4,27
395	392	Mecklenburg-Strelitz (Mecklenburg-Vorpommern)	4,27
397	431	Altenburger Land (Thüringen)	4,31
398	433	Prignitz (Brandenburg)	4,31
399	413	Görlitz (Sachsen)	4,32
399	412	Stendal (Sachsen-Anhalt)	4,32
401	370	Osterode am Harz (Niedersachsen)	4,34
402	403	Herne (Nordrhein-Westfalen)	4,34
403	423	Wismar (Mecklenburg-Vorpommern)	4,35
404	414	Elbe-Elster (Brandenburg)	4,35
405	424	Uckermark (Brandenburg)	4,35
406	400	Bremerhaven (Bremen)	4,37
407	388	Recklinghausen (Nordrhein-Westfalen)	4,38
408	430	Kyffhäuserkreis (Thüringen)	4,41
409	438	Burgenlandkreis (Sachsen-Anhalt)	4,46
410	-	Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt)	4,56
411	435	Demmin (Mecklenburg-Vorpommern)	4,58
412	421	Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen)	4,66
413	416	Uecker-Randow (Mecklenburg-Vorpommern)	4,73

Aufgrund von Gebietsreformen in Sachsen-Anhalt und Sachsen hat sich die Anzahl der Kreise von 439 (2006) auf 413 (2008) reduziert.

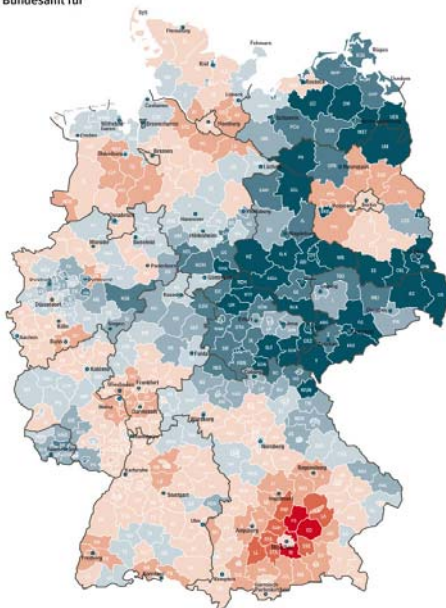
Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2008 in Prozent

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)



Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2008 bis 2025 in Prozent

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)



Im Jahr 2050 dürfte Deutschland Prognosen zufolge nur noch etwa 70 Millionen Einwohner haben. Zwar sterben hierzulande seit 1972 mehr Menschen als geboren werden, aber bis 2002 ließ sich dieser natürliche Schwund über die Zuwanderung ausgleichen. Seit 2003 schrumpft die Bevölkerung – zunächst in kleinen und künftig in immer größeren Schritten. Der Sterbeüberschuss wird sich bis Mitte des Jahrhunderts auf rund eine halbe Million Menschen pro Jahr summieren. Bereits heute verlieren etwa zwei Drittel aller Kreise Bevölkerung. Am gravierendsten ist die Entwicklung in Ostdeutschland, wo lediglich in zehn Großstädten die Einwohnerzahlen zu Lasten des ländlichen Raumes zulegen. Auch Westdeutschland ist entlang der früheren innerdeutschen Grenze und entlang der Grenze zu Tschechien von Bevölkerungsverlust betroffen. Ebenso verlieren das Ruhrgebiet, die Südwestpfalz und das Saarland Einwohner.

Zur kompletten Studie als kostenlose PDF zum Download folgen Sie bitte diesem [Link](#).